

Die SASAC hat Anfang März weiterhin angekündigt, dass Obergrenzen für die Einkommen der leitenden Manager der Staatsunternehmen festgelegt werden sollen. Ange-dacht ist ein Einkommensniveau von maximal dem 14fachen eines durchschnittlichen Einkommens. Hintergrund für diese geplanten Beschränkungen sind die extrem hoch ausfallenden Einkommen der Top-Manager.

Für die erfolgreiche Restrukturierung der Staatsunternehmen ist die Stärkung der Innovationskraft der alten Industriestandorte in Nordostchina von besonderer Bedeutung. Neben der finanziellen Unterstützung der Unternehmen in den Provinzen Liaoning, Jilin und Heilongjiang und ihrer Reorganisation in Aktiengesellschaften ist der Zugang dieser Unternehmen zum Kapitalmarkt sehr wichtig geworden. (XNA, 1.2., 2.2., 2.3., 7.3.05)

SVR Hongkong

Günter Schucher / Katrin Willmann

37 Zusammenschluss von zwei Beijing-freundlichen Parteien angekündigt

Am 16. Februar kündigten die Beijing-freundlichen Parteien Democratic Alliance for Betterment of Hong Kong (DAB) und die Hong Kong Progressive Alliance (HKPA) ihren Zusammenschluss zur *Democratic Alliance of the Betterment and Progress of Hong Kong* (DAB) an. Die Wahl der Parteispitze ist für Mai 2005 vorgesehen. Hongkonger Quellen zufolge ist eine Fortsetzung der Amtszeit des Vorsitzenden der „alten“ DAB, Ma Lik, zu erwarten.

Gemeinsame Visionen wie die Implementierung des Hongkonger Grundgesetzes (*Basic Law*), die Realisierung des Konzepts „ein Land, zwei Systeme“ und die Regierung Hongkongs durch Hongkonger Bürger hätten in den vergangenen Jahren das Fundament für eine enge

Zusammenarbeit gelegt. Durch den Zusammenschluss sähen beide Parteien bessere Chancen für das Erreichen eines größeren Wählerkreises, außerdem verfüge eine gemeinsame Partei über eine stärkere „patriotische Stimme“. Die neue DAB stellt mit 2.300 Mitgliedern die größte Partei Hongkongs und die größte politische Gruppierung, die sich für die Interessen der Hongkonger Geschäftsleute und der Mittelklasse einsetzt. Im 800-köpfigen Wahlausschuss (*Election Committee*), der den Hongkonger Regierungschef (*Chief Executive*) wählt, verfügt die neue Partei über 125 Sitze.

Bereits im Dezember hatte die HKPA angekündigt, Konsequenzen aus dem Wahldebakel bei der Wahl zur Legislativversammlung (*Legislative Council*) ziehen zu wollen. Damals verpasste sie den Einzug in das Parlament, obwohl sie während der vorangegangenen Legislaturperiode noch über fünf Parlamentssitze verfügt hatte. In einem ersten Schritt hatte der Parteivorsitzende, Ambrose Leung, angekündigt, nicht mehr für dieses Amt kandidieren zu wollen (vgl. C.a., 2004/12, Ü 28). Der zweite Schritt folgte nun mit dem Zusammenschluss mit der größten Partei im Hongkonger Parlament. Damit dürfte vor allem die HKPA ihr politisches Gewicht stärken wollen. Die „alte“ DAB dürfte im Gegenzug von dem hinzugewonnenen Klientel in der Hongkonger Geschäftswelt profitieren. Insgesamt erscheint bei den nächsten Wahlen zur Legislativversammlung durch die Diversifizierung des Partei- und Wählerklientels der DAB für die neue DAB nun ein Zugewinn bei den berufsständischen und branchenbezogenen Wahlkollegien (*functional constituencies*) möglich. (RTHK, Radio 3, 16.2.05, nach BBC PF, 17.2.05; XNA, 16.2.05; SCMP, 17., 21.2.05, WSJ, 13.2.05; BBC News Asia-Pacific online, 14.2.05) -kw-

38 Freilassung von Alex Ho und geplante Verwarnung für James To durch die Legislativversammlung

Zwei Kandidaten für einen Sitz in der Legislativversammlung (*Legislative Council*, LegCo) bei den Wahlen im September 2004, die sich mit unterschiedlichen Anschuldigungen während des Wahlkampfes auseinander setzen mussten, sahen sich im Februar und März 2005 erneut gezwungen, sich ihren Vorwürfen zu stellen.

Alex Ho, Kandidat der Democratic Party für den Wahlbezirk Kowloon East bei der Wahl zur Legislativversammlung, der im August 2004 wegen des Vorwurfs, die Dienste einer Prostituierten in Anspruch genommen zu haben, im südchinesischen Dongguan verhaftet und zu sechs Jahren Arbeitslager verurteilt worden war, wurde am 28. Januar 2005 wegen guter Führung vorzeitig freigelassen (vgl. C.a., 2004/8, Ü 29, 2004/9, S. 1105-1014).

Während einer Pressekonferenz am 3. Februar 2005 wies Ho nochmals explizit auf seine Unschuld hin. Die Behauptung der Polizei in Dongguan, ihn inflagranti aufgegriffen zu haben, sei unhaltbar, da es sich bei der Frau lediglich um eine Freundin gehandelt habe, die zudem vollständig bekleidet gewesen sei. Er habe sich wegen fehlenden rechtlichen Beistands und aufgrund einer entsprechenden Bitte seiner Ehefrau zu einem Geständnis gezwungen gefühlt. Ohne die Democratic Party namentlich zu nennen, machten die Behörden in Dongguan im Gegenzug die Partei dafür verantwortlich, dass der Beschuldigte derartige Lügen verbreite. In seinem Bericht über den Lageraufenthalt beschrieb Ho die 168 Tage in Gefangenschaft als die schwärzesten seines Lebens. Ferner bezichtigte er die Polizei in Dongguan, ihm eine angemessene ärztliche Behandlung und Medikamente verweigert zu haben.

Unterdessen mischten sich auch Vertreter der Beijing-freundlichen Parteien in Hongkong in den Fall ein und setzten sich erwartungsgemäß

für das Ansehen festländischer Behörden ein. So verlangte der Abgeordnete Chan Kam-lam von der Democratic Alliance of Betterment of Hong Kong (DAB) weitere Beweise der festländischen Behörden zu veröffentlichen, um auf diese Weise die Furcht der Hongkonger Bürger vor dem Justizsystem der VR China zu zerstreuen, wie sie durch die Beschuldigungen Hos provoziert würden. Vielmehr müsse der Schutz der Hongkonger Bürger durch örtliche Behörden bei Reisen auf das chinesische Festland hervorgehoben werden.

Der Vorsitzende der Democratic Party sah sich trotz der Unstimmigkeiten zu keiner Stellungnahme veranlasst, die nur einer der Konfliktparteien Recht gab. Er betonte, dass die Stellungnahme der Dongguaner Polizei die Sicht der einen Seite reflektiere, Alex Ho andererseits allerdings ebenso zur Wahrheit verpflichtet sei. Ferner versicherte er, dass vor allem die Tatsache einer Verhaftung Hos auf dem Festland zu derartigen Unstimmigkeiten zwischen beiden Konfliktparteien geführt habe. In Hongkong wäre eine solche Situation undenkbar. Einen Schaden für die Democratic Party sehe er nicht.

Ho ist mittlerweile aus der Democratic Party ausgetreten, nimmt aber weiterhin sein Amt als Bezirksrat in Kwun Tong wahr.

James To, ein weiterer Kandidat der Democratic Party für einen Sitz in der Legislativversammlung, um den sich ebenfalls während des Wahlkampfes Skandale gerankt hatten, sah sich im März 2005 mit Attacken der Regierungsparteien konfrontiert. To war im August beschuldigt worden, öffentliche Gelder missbraucht zu haben, als er für sein Wahlkampfbüro eine Miete über dem Marktpreis gezahlt hatte, die er später wiederum zurückgefordert hatte. Auch hatte er sich geweigert, seine Beziehungen zu der Firma, die das Büro an die Partei vermietet hatte, offen zu legen. Trotz der Vorwürfe hatte To allerdings als Abgeordneter des Wahlbezirks Kowloon West einen Sitz in der Legislativversammlung ge-

winnen können (vgl. C.a., 2004/9, S. 1105-1014).

Wie am 10. März bekannt wurde, soll in der Sitzung des LegCo am 6. April 2005 erstmalig in der Geschichte des LegCo ein Antrag auf offizielle Verwarnung gegen James To eingebracht werden, da sein damaliges Verhalten nicht dem eines Abgeordneten entsprochen hätte. Die DAB zeigte sich mit der Milde dieser Rüge unzufrieden und kündigte an, weitergehende Schritte bis hin zur Amtsenthebung zu prüfen. Eine parteiinterne Untersuchung des Falles durch die Democratic Party steht unterdessen noch aus. Der Beschuldigte selbst akzeptierte die Anschuldigung und versicherte, aus seinen Fehlern gelernt zu haben.

Wie sich in beiden Fällen zeigte, werden die Vorwürfe gegenüber LegCo-Kandidaten bzw. Abgeordneten von allen politischen Parteien in Hongkong ernst genommen und in der Öffentlichkeit diskutiert, auch wenn an der Relevanz der Anschuldigungen angesichts der Beweise und den Konsequenzen für die Betroffenen Zweifel gehegt werden können. Die öffentlich politische Debatte in der Sonderverwaltungsregion Hongkong erweist sich damit als lebendig. (WSJ, 6.2.05; SCMP, 8.2.05; RTHK, 3., 6.2.05, nach BBC PF, 4., 7.2.05; SCMP, 10.3.05, nach BBC PF, 11.3.05) -kw-

39 Bevölkerungszahl gestiegen

Nach Angaben der Zensusabteilung ist die Hongkonger Bevölkerung im Jahr 2004 um 0,7% auf 6,895 Mio. Menschen gestiegen. Der Anstieg um 50.100 Personen ist zum geringeren Teil auf natürliches Wachstum, zum größeren auf Zuzug zurückzuführen. Das natürliche Wachstum betrug 11.300 Personen (47.900 Geburten standen 36.600 Todesfälle gegenüber), der Zuzug (Zuminus Abwanderung) betrug 38.800 Personen. Davon wiederum waren 38.100 Inhaber (Holder) eines One-way Permit (OWPH); ohne sie betrug der Nettozuzug nur 700 Personen oder 1% des Wachstums.

Die Hongkonger Bevölkerung wird nach dem Wohnortprinzip gemessen, besteht also aus „regulären Bewohnern“ und „mobilen Bewohnern“. Letztere machten 2004 207.900 Personen aus; sie werden zur Bevölkerung gerechnet, wenn sie sich während der letzten sechs Monate vor oder nach der Zählung 1-3 Monate in Hongkong aufgehalten haben. „Besucher“ werden dementsprechend nicht zur Bevölkerung gezählt, ihre Zahl betrug Ende 2004 359.200.

Die genannten Zahlen zeigen, dass erstens die „mobilen Bewohner“ maßgeblich für das Bevölkerungswachstum verantwortlich sind und zweitens das natürliche Wachstum äußerst gering ist. Die weiteren Aussichten lassen dabei sinkende Bevölkerungszahlen vermuten; denn die OWPH kommen alle aus der VR China und haben in letzter Zeit beträchtlich abgenommen: Noch im Jahre 2003 kamen 53.507. China meldete im letzten Jahr eine abnehmende Zahl an Antragsstellern und führte dies vor allem auf die verbesserte wirtschaftliche Lage zurück. Auch hat die Zahl der nachziehenden Frauen und Kinder stark abgenommen. Damit allerdings werden Hongkong in naher Zukunft auch junge Arbeitskräfte fehlen, denn die „regulären Bewohner“ scheinen immer weniger Lust zu empfinden, Kinder zu bekommen. Schon mit 0,94 Geburten auf 100 Paare im Jahre 2003 hatte Hongkong die niedrigste Geburtenrate der Welt und die Regierung muss die Prognosen ständig nach unten korrigieren; 2004 wurden nur noch 0,7% erreicht. Dennoch will man noch nicht von einer abnehmenden Bevölkerung sprechen und das Gesundheitsministerium lehnte auch zusätzliche Steueranreize ab. Hongkong sei nicht Singapur, erklärte der Gesundheitsminister. Dort erhalten Eltern Bargeld für das erste bis vierte Kind. (WSJ, 16.2.05; SCMP, 16.2.05; SCMP, 24.2.05, nach BBC PF, 25.2.05; „End-2004 Population“, press release, 15.2.05, www.info.gov.hk/gia/general/200502/15/02150150.htm) -gs-

Bevölkerungsentwicklung (1998-2004)

Year	End-year		
	Usual Residents	Mobile Residents	HK Resident Population
1998	6 395 100 (+ 1.1%)	188 300 (- 1.9%)	6 583 400 (+ 1.0%)
1999	6 449 400 (+ 0.8%)	188 200 (- 0.1%)	6 637 600 (+ 0.8%)
2000	6 520 400 (+ 1.1%)	191 100 (+ 1.5%)	6 711 500 (+ 1.1%)
2001	6 565 000 (+ 0.7%)	194 000 (+ 1.5%)	6 759 000 (+ 0.7%)
2002	6 595 800 (+ 0.5%)	190 300 (- 1.9%)	6 786 100 (+ 0.4%)
2003	6 639 000 (+ 0.7%)	206 400 (+ 8.4%)	6 845 400 (+ 0.9%)
2004	6 687 600 [#] (+ 0.7% [#])	207 900 [#] (+ 0.7% [#])	6 895 500 [#] (+ 0.7% [#])

Notes: * Revised figures.

Provisional figures.

Figures in brackets refer to percentage change over same time-point of the previous year.

Quelle: www.info.gov.hk/gia/general/200502/15/02150150.htm (Aufruf: 6.4.05).

40 Teure Arbeitsunfälle

Arbeitsunfälle kommen der Hongkonger Wirtschaft teuer zu stehen. Im Jahre 2003 wurden in allen Industriezweigen zusammen 44.346 Entschädigungsfälle gemeldet. Insgesamt wurden den Beschäftigten oder ihren Familienangehörigen Kompensationen in Höhe von 695 Mio. HK\$ gezahlt. Besonders betroffen war die Bauindustrie. Zwar verzeichnete sie nur 10,6% der Fälle, zahlte aber 28,1% der Entschädigungssumme. An Arbeitstagen gingen in Hongkongs Industrie 1,11 Mio. verloren, durchschnittlich erhielt jeder verletzte Beschäftigte 16.544 HK\$ und fehlte 26,6 Arbeitstage. (XNA, 20.3.05; „Concerted efforts to reduce work accidents“, press release, 19.1.05, www.info.gov.hk/gia/general/200501/19/01191176.htm) -gs-

SVR Macau

Liu Jen-Kai

41 Forschungszentrum für umfassende Lebensqualität errichtet

Im Regierungsbulletin wurde am 28. Februar der Erlass Nr. 30 des Regierungschefs über die Errichtung einer neuen Projektgruppe bekannt gegeben: das Forschungszentrum für umfassende Lebensqualität (Centre for Life Quality Studies, Centro de Estudos para a Qualidade de Vida, *zonghe shenghuo suzhi yanjiu zhongxin*). Der Erlass trat am 1. März in Kraft. Edmund Ho hatte in seiner Regierungserklärung im November 2004 als Hauptarbeitsziel der Regierung in den kommenden fünf Jahren die „Verbesserung der Lebensqualität“ der Bevölkerung genannt und die Schaffung des Forschungszentrums angekündigt. Der Think Tank, der direkt dem Regierungschef untersteht, soll

Studien über die Kriterien für den Lebensstandard durchführen, der Regierung bei der Ausarbeitung von politischen Maßnahmen zur Förderung der Lebensqualität helfen und dem Regierungschef jährlich einen Bericht über die Aktivitäten vorlegen. Der Regierungschef ernennet auch den Direktor und seine beiden Stellvertreter. Direktor ist Dr. Daniel Tse Chi wai, in Macau geboren und 30 Jahre lang Präsident des Hong Kong Baptist College (heute: University). 2001 trat er in den Ruhestand und wurde Ratsvorsitzender der University of Macau. Seine beiden Stellvertreter sind Dr. Wu Zhiliang, Direktor der Macau Foundation, und Ieong Tou Hong, stellvertretender Direktor des Centre of Social and Economic Research des Macau Polytechnic Institute. Daniel Tse erklärte Journalisten in Beijing die Aufgaben des Think Tanks. Zunächst müssten grundlegende Untersuchungen zum Verständnis des Status quo der Gesellschaft in Macau durchgeführt und – darauf gestützt – Entscheidungen getroffen werden, welche Lebensaspekte Macau in Zukunft beachten sollte. Diese Aufgabe beinhalte umfangreiche Datensammlungen, Analysen und Studien. Die Anlegung einer Datenbank sei unumgänglich, und einige Arbeiten würden wahrscheinlich ausgelagert werden. Die beiden Stellvertreter hoben die Notwendigkeit hervor, Indikatoren für Lebensqualität festzulegen. Ieong Tou Hong führte aus, dass eine ausgeglichene Lebensqualität aus wirtschaftlicher Entwicklung, materiellem Leben, Bevölkerungsqualität (Alter, Lebenserwartung, Geburtenrate etc.), geistigem Leben (Bildungsniveau, Kultur, Kunst) und Lebensumwelt (Verkehr, Grüngürtel, Wohnen etc.) bestehen müsse. Für das Zentrum sind zunächst drei Jahre angesetzt. (<http://www.gcs.gov.mo/ugcs/index.php?PageLang=E&PassType=CNW,2.3.05>, Aufruf: 6.4.05; <http://macau.gov.org.uk>, 28.2., 1., 3., 5.3.05, Aufruf: 6.4.05; Text des Amtsblattes: http://www.imprensa.macao.gov.mo/bo/i/2005/09/des_pce_cn.asp#30, Aufruf: 6.4.05)